

Nachspiel

von Erika Schalper, Starnberg

Stadtrats-Sitzung, 1. Dezember 2014

(eigentlich eine Bauausschuss-Sitzung zur Legitimierung der bisherigen Beschlüsse, die in Rechtsunsicherheit gefasst worden sind)

Picker (WPS) ist gleich zu Beginn ganz aufgeregt und nachdem ihm zum 70. Geburtstag gratuliert worden ist und ein paar BürgerInnen ihre Fragen stellen konnten, da ist er endlich dran, voll Spannung und Freude und man ahnt: da ist dem alten Mann wieder was Tolles eingefallen!

Und tatsächlich: er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass Gassner (UWG) als Ausschuss-Mitglied zwangsbenannt wird.

Die Bürgermeisterin John teilt Pickers Vorfreude auf den Coup nicht und stellt seinen Antrag ans Ende der Sitzung.

Ab da wird konstruktiv gearbeitet. Es macht sich die träge Sachlichkeit breit, die man von Sitzungen der vorigen Amtszeiten kennt und jetzt erst schätzen gelernt hat.

Eine Episode ist ganz aufschlussreich: Ein Bauwerber hat sein Baurecht über einen sehr langen Zeitraum immer wieder fristgerecht verlängert. Er darf zwei blockische, vierstöckige Wohnhäuser in sein Grundstück stellen. Im gemütlich wirkenden Entwurf sind Sprossenfenster gezeichnet, Holzbalkone und Vordächer. Auf Drängen des Bauausschusses der letzten Amtsperiode hat sich der Bauwerber bereit erklärt, das Bauvolumen zu verkleinern und die Baukörper filigraner zu gestalten. Diese Änderung lehnen Teile der WPS und BMS ab, weil ihnen die Fassaden-Gestaltung des alten Entwurfs besser gefällt. Sind sie so naiv zu glauben, dass ein Bauwerber zu Gestaltungselementen zurück kehrt, die er selbst hat ändern lassen? Haben sie die Hoffnung, dass nicht alle Neubauten in Starnberg gleich identitätsfrei sind? Oder ist keiner von den Ablehnern auf die Idee gekommen, dass es zwei große, blockische Bauten in moderner Ästhetik werden könnten!!?? Der Änderungsantrag wird 20:7 angenommen.

Jedenfalls schlägt dann endlich die Stunde des 70jährigen: In aggressivster Art erläutert er nochmal seinen Vorschlag, Gassner zur Teilnahme an den Ausschüssen zu zwingen. Einige Stadratskollegen und -Kolleginnen versuchen zu retten, was Picker längst verdorben hat, nämlich die ungewohnt gute, konstruktive Stimmung und die angenehme Atmosphäre. Er hackt auf alle und Alles ein mit einer erstaunlichen Impertinenz, die weder zu seinem grauen Haar noch zu seinem honorigen Professorentitel passt. Die Bürgermeisterin selbst legt ihm die Einsicht nahe, dass der Antrag zu dem Zeitpunkt gestellt werden kann, wenn er sinnvoll ist und das ist nicht jetzt. Aber er belfert weiter und ich muss leider den Saal verlassen, weil ich diese grobe Art nicht mag.

Auch in dieser Sitzung halten sich die beiden Initiatoren des Stadtrat-Debakels Rieskamp (z.Zt. BLS) und Jann (BLS) durch Schweigen aus dem Geschehen raus.

Später ist zu erfahren, dass Busse kurzerhand Gassner benannt hat - und damit war erst einmal Ruhe.

Stadtrats-Sitzung, 24. November 2014

Leider war ich nicht persönlich anwesend, aber diese Anekdote ist mir von den Beteiligten so geschildert worden und ich finde sie sowohl lehrreich als auch witzig:

Die „Marke Starnberg“ wird vorgestellt: kompetente Menschen hatten den Auftrag heraus

zu finden, was an Starnberg toll ist und wie es benannt werden kann. Heraus kamen die folgenden Attribute: märchenhaft, geistreich, erfinderisch, naturgesund, privilegierte Lage, erstklassig und traditionsreich.

In der Sitzung waren darüber alle zufrieden.

Sengl (Grüne), bekommt das Wort. Er freue sich darauf, sagt er ironisch mit Anklängen der Verbitterung, dass unsere märchenhafte und naturgesunde Landschaft durch neue Gewerbegebiete – er denke da an Schorn und Schmalzhof – endlich erstklassig wird und dann bauen wir noch ein paar Umgehungsstraßen, damit auch wirklich jeder zu uns kommen könne.

Am nächsten Tag steht im Protokoll von Dr. Thosch: „Sengl freut sich über die Erweiterung des Gewerbegebietes Schorn. Dieser Ansicht wäre Sengl bisher wohl nicht gewesen.“

Diesem trifft fast der Schlag und er mailt umgehend, dass er ja schon gewarnt worden sei, Ironie und schräge Witze im Stadtrat von sich zu geben, aber dass ausgerechnet Dr. Thosch ihn so sehr hat missverstehen können, das habe ihn schockiert.

Dr. Thosch hat sich umgehend entschuldigt und den Protokolltext sofort geändert. Er selbst hat die Ironie durchaus verstanden, diese aber nur unzureichend im Protokoll

wiedergegeben, was aus seiner Sicht wahrscheinlich nur in den seltensten Fällen klappt.

Das Protokoll ist zu finden unter <www.stadtrat-starnberg.de>.

Stadtrats-Sitzung, 10. November 2014

und Bauausschuss-Sitzung, 11. November

Die Stellungnahme der Rechtsabteilung des Landratsamtes Starnberg ist am 31. Oktober bei der Stadt eingegangen:

„Vollzug der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern; Fraktionszusammenschluss von Stadtrat Herr Dr. Rieskamp und Stadtrat Herr Jann;

Beanstandung, Aufforderung zur Aufhebung und Anündigung der Ersatzvornahme im Hinblick auf die Stadtratsbeschlüsse vom 28.07.2014 bezüglich der Ausschussbesetzung, der Vertretung im Abwasserzweckverband sowie der Vertretung im Trägerverein

Volkshochschule Starnberger See e.V.

Bescheid

1. Die Beschlüsse des Stadtrats (...) über die Änderung der Ausschussbesetzung (...) werden rechtsaufsichtlich beanstandet.
2. Die Stadt Starnberg wird aufgefordert, die unter Nr. 1 dieses Bescheides beanstandeten Beschlüsse binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides aufzuheben.
3. Für den Fall, dass die Stadt Starnberg ihrer Verpflichtung nach Nr. 2 dieses Bescheides nicht nachkommt, wird Ersatzvornahme durch die Rechtsaufsichtsbehörde angedroht.
4. Die sofortige Vollziehung der Nr. 1 bis 3 wird angeordnet

Der Bescheid wird auf weiteren 19 Seiten von der Oberregierungsrätin Dr. Wiedmann begründet

Eindeutiger geht es ja wohl nicht und so erwarte ich, dass die Querelen aufhören weil nun Rechtssicherheit besteht.

Aber:

Punkt 6 der Beschlussvorlage stellt Folgendes zur Abstimmung:

I. Alternative A:

1. Der Stadtrat hebt die Beschlüsse zu TOP 3 und 4 der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.07.2014 hinsichtlich der Änderung der Ausschussbesetzung (...) auf.
2. Zur Klarstellung beschließt der Stadtrat, dass die bisherigen Beschlüsse des Stadtrates vom 26.05.2014 hinsichtlich der Ausschussbesetzung, der Bestellung der Verbandsräte und städtischen Vertreter weiter gelten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Landratsamt Starnberg diese Beschlüsse zur Information im rechtsaufsichtlichen Verfahren zu übermitteln

II. Alternative B:

1. Der Stadtrat der Stadt Starnberg hebt die Beschlüsse (...) nicht auf.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gegen den Bescheid des Landratsamtes Starnberg vom 30.10.2014 unter Hinzuziehung eines anwaltlichen Vertreters fristgerecht Klage beim Verwaltungsgericht München einzureichen.
(was übrigens auch bedeutet, dass die Kosten für dieses Verfahren die Stadt tragen wird, damit die Allgemeinheit und dass die Stadtverwaltung, also an erster Stelle die Bürgermeisterin, die persönliche Verantwortung komplett übernimmt)

In namentlicher Abstimmung erhält die Alternative B die Mehrheit durch: WPS, BLS, BMS, FDP.

Die Begründungen für diese Alternative im Einzelnen:

Herr Ardelt (WPS) liest einen vorbereiteten Text vor in dem „eine klärende Position“ der Causa Rieskamp von einer „neutralen Stelle“ gefordert wird. Auf mehrere Nachfragen, ob die Rechtsaufsicht des Landratsamtes nicht neutral sei, kommt weder von Ardelt noch von sonst jemandem eine Antwort.

Erst als Sengl (Grüne) direkt die Frage stellt: heißt das, dass das Landratsamt Starnberg keine neutrale Stelle ist? Antwortet Bürgermeisterin John (BMS), dass im Moment ein Verwaltungsverfahren vorliegt, aber ein Verwaltungsgerichtsverfahren eingefordert wird.

Frau Ziebart (FDP): „Wir sehen es als persönlichen Machtkampf, wo mit Kanonen aufgefahren wird.“

Frey (CSU) stellt BM John dreimal die direkt an sie gerichtete Frage, was ihre ganz persönliche Meinung sei. John antwortet zwar, geht aber auf die Frage nicht ein. Am Ende stimmt sie verhuscht für die Alternative B, also mit WPS, BLS, FDP und ihrer Fraktion, der BMS dafür, Klage gegen den LRA-Beschluss einzureichen und an dem jetzigen Zustand der Besetzung der Ausschüsse nichts zu ändern.

Herr Jann (BLS) sagt, dass sich die Rechtsaufsicht 19einhalb Seiten der 20 Seiten der Begründung hätte sparen können.

Allgemein wird von Seiten der Befürworter der Alternative B nicht nur die Neutralität der Rechtsaufsicht des Landratsamtes in Frage gestellt, sondern auch wieder der Wahrheitsgehalt „in der Zeitung“.

Frau Ziebart (FDP): „Jedes weitere Wort beschädigt den Stadtrat und die Bürgermeisterin ...“ deshalb beantragt sie das Ende der Diskussion.

Kein Wort zu der ganzen Sache sagt der Verursacher des Debakels, Klaus Rieskamp (jetzt BLS, bisher WPS).

Interessant wird es, als Jägerhuber (CSU) die Frage stellt, wer zur Bauausschuss-Sitzung am nächsten Tag eingeladen worden sei.

John: „Alle.“

Die Bürgermeisterin hat beide Sitzungen sehr kurzfristig einberufen, aber vor dem 30. Oktober, sodass zu dem Zeitpunkt noch keine Stellungnahme der Rechtsaufsicht eingegangen war. Sie erklärt nun Folgendes: in Absprache mit den Herren Jann (BLS) und Rieskamp (BLS) hat sie zunächst alle 30 Stadträtinnen zur Bauausschuss-Sitzung eingeladen. Sie geht jetzt davon aus, dass das Landratsamt am nächsten Tag, dem Tag der Bauausschuss-Sitzung, seines Amtes waltet und alles, was in Zusammenhang mit der Causa Rieskamp beschlossen worden ist, als unrechtmäßig erklärt und damit aufhebt, so auch die momentane Besetzung des Bauausschusses. Deshalb sind jetzt zur Sitzung die Stadträtinnen geladen, die am Anfang der Amtszeit benannt worden sind.

Jägerhuber fragt nach, was passiert, wenn das Landratsamt nichts aufhebt? Dann gibt es einen Stadtratsbeschluss von heute, der die Besetzung der Ausschüsse nach dem Wechsel von Rieskamp zur BLS bestätigt, aber zur Sitzung wird so eingeladen, als wäre der Stadtrat heute schon der Aufforderung der Rechtsaufsicht gefolgt.

John: „Jetzt machen wir's halt einmal so. Ich rechne damit, dass das Landratsamt die Beschlüsse aufhebt.“

Das hat das Landratsamt nicht getan.

Bauausschuss-Sitzung am nächsten Tag, dem 11. November

Damit ist die Einladung auf Grund eines nicht mehr gültigen Stadtratsbeschlusses erfolgt, obwohl es einen gültigen Stadtratsbeschluss des gestrigen Abends gibt.

Die CSU-Fraktion hat die Bauausschuss-Sitzung geschlossen verlassen.

Sengl (Grüne) fragt nach, wer im Moment stimmberechtigt sei und John antwortet, dass der Bauausschuss in seiner ursprünglichen Form stimmberechtigt sei.

„Aber es sind doch alle Stadträte eingeladen zur Sitzung. Hätte da jetzt jeder ein Stimmrecht?“

John: „Nein.“

Sengl: „Besteht darüber Rechtssicherheit? Immerhin entspricht die Besetzung nicht dem gestrigen Stadtratsbeschluss.“

John: „Ja, es besteht Rechtssicherheit.“

Es ist ein Gewurstel.

Wie auch immer die Sache jetzt ausgeht – und was man auch immer von einmal gefassten Geboten hält - es müssen alle Stadträtinnen, Stadträte und die Bürgermeisterin die Entscheidung darüber treffen, ob sie die kommunalpolitischen Spielregeln einhalten wollen oder nicht.

Manchen wird das sehr schwer fallen.

Stadtratssitzung, 20. Oktober 2014

Viele Zuschauer.

Die Situation hat sich seit der Sondersitzung nicht verändert, die Stimmung ist schlechter geworden.

Bevor es mit der Tagesordnung losgeht wird Kammerl (WPS) zum Geburtstag gratuliert. Sie

bedankt sich mit einer Rede in der sie sagt, dass sie sehr stolz drauf ist Stadträtin sein zu dürfen, dass sie die Bürgermeisterin uneingeschränkt unterstützt und sie führt aus, wie wenig sie von ihren „gegnerischen“ Stadtratskollegen hält.

Dann wird Bernd Beigel (CSU) verabschiedet, der seinen Stuhl aus beruflichen Gründen räumt. Für mich war es merkwürdig, dass ihm die Stadträtin Schöttl (BMS) eine Karte und ein Geschenk überreicht hat, was mit John (BMS) abgesprochen war. Warum hat ihm das John nicht selber gegeben? Und wären 2. oder 3. BürgermeisterIn nicht eher in Frage gekommen als eine „normale“ Stadträtin?

Jedenfalls wurde endlich Punkt 3 aufgerufen. Wegen ihm war die Mehrzahl der Zuschauer gekommen. Es geht um Folgendes:

Wenn sich eine Fraktion weigert, Ausschussmitglieder zu benennen, dann kann sie dazu gezwungen werden, bzw. kann die Bürgermeisterin Mitglieder bestimmen, der Stadtrat stimmt dann darüber ab und ggf. muss sich die Fraktion beugen. Das ist sinnvoll, weil sonst ungezügelt Blockaden möglich wären. Die UWG benennt keine neuen Mitglieder und blockiert damit die Arbeit einiger Ausschüsse. Sie macht das aber nicht weil sie die Arbeit behindern will, sondern weil sie den Schachzug von Rieskamp (bisher WPS, jetzt BLS) und Jann (BLS), der zur Neuverteilung der Ausschusssitze geführt hat, für rechtswidrig hält.

Gleich zu Beginn hat Gerd Weger einen sehr guten Vorschlag: Streichung des Punktes von der Tagesordnung. Er begründet ihn hauptsächlich damit, dass mit einer verbindlichen Aussage der Rechtsabteilung des Landratsamtes in Kürze (10 Tage) zu rechnen sei. Dann wisse man Genaues und erspare sich unwürdige Auftritte. John ist nicht der Meinung, dass das die bessere Lösung für diesen Abend ist und eröffnet die Diskussion.

Eineinhalb Stunden später wird über Wegers Vorschlag abgestimmt, was zur Streichung des Punktes drei von der Tagesordnung führt.

Die Diskussion hat trotz ihrer Unsinnigkeit in der Sache Interessantes deutlich gemacht. Die eine Seite bestehend aus CSU, UWG, SPD und Grünen teilt Gassners vorgetragene Meinung die besagt, dass ein friedliches Zusammenleben nur auf der Basis des rechtsstaatlichen Gedankens gedeihen kann. Während die Allianz von WPS, BMS, FDP und BLS Pfisters Rede applaudiert der lang ausführt, dass „Recht“ eher im Sinne von „Meinung“ gehandelt wird und damit eine beugsame, unbestimmte Angelegenheit ist. Im vorliegenden Fall jedoch sehen sie es als ihr unangetastetes „Recht“ an, die UWG zu zwingen.

Als vCzettritz (Grüne) sich darüber beschwert, dass diese Diskussion nur der Vergeudung ihrer Lebenszeit diene, widerspricht ihr Busse (UWG): er sieht in der Auseinandersetzung eine Chance – vielleicht die einzige – zur Befriedung des Stadtrates.

Schöttl (BMS) stimmt für Wegers Vorschlag gegen ihre Fraktion und erntet damit große Anerkennung im Publikum. Sie lässt damit die Hoffnung aufkeimen, dass sich Sachlichkeit am Ende gegen Rechthaberei durchsetzen wird.

Neubauer (Grüne) haut einen fetten Hund rein indem sie sagt, sie hätte die Bedenken gegen die WPS-BLS-Aktion nur mündlich mitgeteilt: John liest eine mail von Neubauer vor, die das Gegenteil klarstellt. Im Saal wird hämisch gelacht. Picker (WPS) schreit Lüge! und Unverschämtheit!, springt gleich auf und sein Kollege neben ihm ruft: Zurücktreten! Und sie schäumen und echauffieren sich so übertrieben, dass das Publikum umschwenkt und bemerkt, dass sich nicht der Inhalt verändert hat, sondern die Form von Neubauers Mitteilung. Neubauer entschuldigt sich.

Sengl (Grüne) wirft John vor keinen Versuch zu unternehmen, die Spaltung des Stadtrates

zu heilen, sondern im Gegenteil keine Gelegenheit auszulassen um zur Verhärtung der Fronten beizutragen. John zischt ihn an: „Dann mach halt mal einen konstruktiven Vorschlag!“ Sengl rät zu Sondersitzungen des Stadtrates, der ja auch dann tagen kann, wenn Themen nicht vorher in Ausschüssen beraten worden sind. Sie antwortet zerfasert und erweckt damit den Eindruck, dass es halt doch eher um die Mehrheitsstrukturen als um die sachlichen Lösungen geht.

Die Sitzung, die um 18:00 begonnen hat, endet um fünf vor zwölf.

Sie endet auch mit einem niederschmetternden Beschluss: die Stadtverwaltung wird beauftragt Kriterien für einen Verkehrsleitplan zu erstellen!! Das heißt, dass der ganze, der wirklich ganze Zirkus von absolut vorne beginnt. Das heißt auch, dass kein Tunnel gebaut werden wird, keine Umfahrung in den nächsten 30 Jahren auch nur in den Bereich des Möglichen kommen kann und die Westumfahrung, an der festgehalten wird, Starnberg den Verkehrsinfarkt bringt.

Nachspiel dieses Mal in Form eines nichtgedruckten Leserbriefs vom 6.Oktober 2014 zu einem Artikel aus dem Starnberger Merkur

Der Brief:

Die WPS wird mit folgenden Behauptungen die Wahlergebnisse betreffend zitiert:

- die offiziellen Nachzählungen sind falsch, die „Nachrechnungen“ der WPS richtig;
- „eingelegte Zettel“ sind ausgetauscht worden;
- die Anwesenheit von „gegnerischen Juristen“ ist relevant für die ersten beiden Behauptungen.

Im Klartext bedeutet das, dass die WPS sowohl den offiziellen Stellen, als auch einzelnen Personen Wahlmanipulation vorwirft, was eine sehr ernstzunehmende Straftat wäre.

Die Behauptungen sind bisher jedoch durch nichts und niemand bestätigt und bleiben somit Behauptungen. Vorgetragen in einer Rede eines Mandatsträgers in einer öffentlichen Sitzung werden sie m.E. zu Verleumdungen.

Und damit ist wieder einmal ein Quantum Gift verspritzt, das die Zusammenarbeit im Stadtrat bestimmt nicht einfacher macht.

Achtung!

Dieser Brief wird nicht im Merkur veröffentlicht mit der Begründung, er enthielte Unwahrheiten. Auf Nachfrage hat es geheißen, dass im Pickerschen Vortrag die Behauptungen nicht so zugeordnet waren wie in meinem Brief (was ich nicht beurteilen kann weil ich nicht in der Veranstaltung gewesen bin, sondern nur den Artikel drüber kenne). Hätte ich jedoch alles im Konjunktiv verfasst und Wörter wie „vielleicht“, „möglicherweise“, usw. eingefügt, hätte es eine Chance auf Veröffentlichung gegeben. Also bitte aufgemerkt: keine Unwahrheiten in Leserbriefen!!

Und ich betone: Herr Professor Picker kann es so gemeint haben – oder auch nicht.

Als Sondersitzung angekündigt, dann als „normale“ Stadtratssitzung am Donnerstag (normal = Montag), 18. September 2014, abgehalten

Pöcking gilt als die reichste Gemeinde im Landkreis Starnberg. Von den Reichen, heißt es, kann man das Sparen lernen. Dementsprechend ist die Anzahl der Unterkünfte für Asylbewerber in Pöcking: null.

Den Inhalt des Tagesordnungspunktes, der von den ca. 50 Zuschauern mit Spannung erwartet wird, beschreibt Franz Sengl (Grüne) - von mir frei zitiert - so:

„Es ist schwer als Minderheit im Stadtrat zu regieren. Deswegen habt ihr euch zusammen getan (*gemeint sind WPS, BLS, BMS, FDP und die Bürgermeisterin*) und überlegt, wie Mehrheiten zu beschaffen sind. Der Übertritt von Rieskamp (*WPS*) zur BLS ist keine schlechte Idee, um wenigstens in den Ausschüssen mehrheitlich vertreten zu sein. Das Urteil, das besagt, dass so ein Übertritt keine Änderungen in der Besetzung der Ausschüsse bewirken darf, wenn der Übertritt offensichtlich nur aus taktischen Gründen stattfindet, habt ihr nicht gekannt. (*Walter Jann als einziger Vertreter der BLS bildet keine Fraktion und ist deshalb in keinem Ausschuss vertreten.*) ... und jetzt versucht ihr, die ganze Angelegenheit so hinzudrehn, dass es doch noch klappt.“

Da hat Sengl recht und wird mit Applaus belohnt.

Die Voraussetzung für das Gelingen ist der Nachweis, dass es zwischen Rieskamp und der WPS zum Zerwürfnis gekommen ist. Schwer zu beweisen, da in den Pressemitteilungen der Gruppierungen bis zum Bekanntwerden des Urteils davon die Rede war, dass Rieskamp sich im besten Einvernehmen trennt und seine Ämter bei der WPS weiter ausüben wird. Jetzt heißt es, dass er die von der WPS vorgeschlagene Trassenführung der Umfahrung nicht gut findet, sondern die Trassenführung der BLS und er deshalb nicht mehr bei der WPS bleiben kann. Das sagt er, nachdem er von dem Urteil erfahren hat und nachdem er im Wahlkampf vor einem halben Jahr mit der WPS-Umfahrungsidee angetreten ist.

Rieskamp, ebenso wie Frau Schöttl (*BMS*), ist erschüttert darüber, dass sich die gegnerischen Stadtratskollegen (*gemeint sind CSU, UWG, SPD und Grüne*) nicht genügend informiert hätten. Zunächst fragen sich die Zuschauer in meiner Umgebung: warum denn die!? Aber es wird bald deutlich, dass man sich nicht über juristische Details hätte kundig machen sollen, sondern über Rieskamp's Befinden. Frau Schöttl hat's getan. Sie saß zum Kaffee in Rieskamps Wohnzimmer und schaute ihm tief in die Augen. Sie fragte ihn: war der Übertritt zum Schein? Und er antwortete: Nein! „Und ich habe ihm geglaubt“, sagt Frau Schöttl ergriffen, „weil sowas kann man nicht schauspielern.“

Folgende Erklärungen für die ganze Misere werden aufgedeckt:

*5 Juristen = 10 Meinungen. (*ein Klasse-Argument übrigens für jeden, der vor Gericht steht!*)

*Streitereien wie diese sollten nicht nach außen getragen werden. Deshalb hat die Bürgermeisterin keine verbindliche Aussage der Rechtsaufsicht des Landratsamtes verlangt und deshalb haben WPS und Rieskamp zunächst ein harmonisches Verhältnis auch nach der Trennung versprochen .

*Der Beamte im Landratsamt, der die Sache beurteilen wird und schon im Juli dazu Stellung bezogen hat (*er hält das Vorgehen für unrechtmäßig*) ist unfähig

*man soll nicht alles glauben, was in der Zeitung steht und deshalb ist es verwerflich, sich auf die dort abgedruckten Aussagen zu beziehen, anstatt Rieskamp selbst zu befragen

*durch „juristische Diskussionen“ (*Josef Pfister, CSU*) wird alles erst überhaupt zum Problem

„Wir haben kein Recht zur Beliebigkeit und zur Willkür“, sagt Otto Gassner (*UWG*). Und:

„Sie haben ein gebrochenes Verhältnis zum Recht.“

„Also, ich muss nun ehrlich sagen“, sagt Klaus Rieskamp, „ich bin ehrenamtlicher Stadtrat und ich soll nun alles selbst erstatten ...“

Irgendwann lässt die Bürgermeisterin John die Redeliste schließen. Letzter Wortbeitrag soll der von Gassner sein. Aber John erteilt nach Gassner Pfister das Wort. Auch Hannelore Hartmanns Protest hilft nicht: Pfisters letzte Worte werden vielleicht Tradition.

Stadtrats-Sitzung am 28.Juli 2014

In den Debatten um die Rechtmäßigkeit des Fraktionswechsels von Klaus Rieskamp von WPS zu BLS ging Folgendes unter:

Frau John gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung folgendes beschlossen worden ist:

die jetzt frei gewordenen Bergrechte werden von der Stadt Starnberg nicht beantragt.

Die Bergrechte sind die Voraussetzung für die Geothermie. Sie zu beantragen kostet ca. 15000 € (in Worten: 15 Tausend Euro).

Dann wurde die Ertüchtigung des Wasserparks beschlossen; sie kostet 18 000 000, 00 € (in Worten: 18 Millionen Euro). Der Unterhalt des Parks kostete – beispielsweise - letztes Jahr 1 160 000 € (in Worten: 1,16 Millionen Euro) .

So schaut in Starnberg die Umsetzung der Energiewende aus.

Stadtrats-Sondersitzung am 16.Juli 2014 im Landratsamt in Starnberg

Diese Sitzung haben UWG, CSU, SPD und die Grünen gemeinsam erzwungen. Es geht um den Antrag, der in der letzten Sitzung zum großen Unmut der Antragsteller nicht behandelt worden ist.

Stefan Frey (CSU) erläutert:

Wenn, wie von der Bürgermeisterin im Wahlkampf angekündigt, der Tunnel bekämpft und das Projekt zu Fall gebracht wird: wie schaut dann das weitere Vorgehen zur Verkehrsentslastung aus? Ankündigt ist ja auch die Fertigstellung einer Umgehungsstraße innerhalb 6 – 8 Jahren. Im Antrag wird um ein Konzept gebeten, das es Räten und Bürgern ermöglicht, fundierte Entscheidungen zu treffen.

Eigentlich eine einfache Geschichte.

Aber die Umfahrer wittern eine Falle.

Die vielen Zuhörer im Saal wissen jedoch ganz genau um was es geht: selbst wenn eine Umfahrung genehmigungsfähig wäre, würde ihre Realisierung laut Expertenmeinung 30 – 40 Jahre dauern. Die Tunneloption wäre weg, es bliebe im Prinzip beim Alten. Ist das die Absicht der Tunnelgegner, oder haben sie eine gute Idee oder gar ein Patentrezept.

Nein, das haben sie nicht. Warum nicht? Weil sie über die Starnberger Verkehrsprobleme nicht genügend bis garnicht informiert sind!!!

Die Antragsteller und viele im Publikum sind fassungslos.

„Ein Skandal!“ wird geflüpstert und Hände werden aus Scham vors Gesicht gehalten.

Unglaublich: Dieselben Personen, die im Wahlkampf auf immer noch nachzulesenden Flyern Gefahren, Kosten und Machbarkeiten gegen den Tunnel und für die Umfahrung impertinent verbreitet haben, diese selben Personen sagen, dass sie über den Antrag nicht abstimmen können, weil sie zuwenig informiert sind.

Nach eigener Aussage haben keine Ahnung: Dr. Huber (WPS), Dr. Rieskamp (WPS), Mooser (WPS), Kammerl (WPS), Jann (BLS).

Nach 2stündiger Diskussion wird einstimmig beschlossen, dass bis Ende August alle Räte alle bisherigen Stadtratsbeschlüsse und alle bisherigen Gutachten zum Thema bekommen und dass bis Ende Oktober ein Konzept zur Verkehrsentslastung in Starnberg von der

Verwaltung erarbeitet wird, das die im Antrag gestellten Fragen beantwortet. Ohne Abstimmung wurde ins Protokoll aufgenommen, dass bis zu einem neuen Stadtratsbeschluss die alten Beschlüsse rechtskräftig bleiben.
Das Publikum verließ den Saal kopfschüttelnd. Etliche lächelten betreten.
Der Mann neben mir sagte bedauernd: „Die Einzigen, von denen klare Ansagen kommen, sind die Grünen.“

zur Stadtratssitzung am 30.Juni 2014

Die Sitzung beginnt mit dem Nachruf auf den verstorbenen Dr. Hruschka, der Vorstellung seines Nachfolgers im Seniorenbeirat und der Gratulation an Franz Sengl zum 60.

Endlich Punkt 1 der Tagesordnung ...

Nein! Stefan Frey (CSU) ist mit der Tagesordnung nicht einverstanden! Und er erläutert das ausgiebig. Murren im Publikum: „Was hat denn der für einen unmöglichen Ton drauf ...“
Er bedroht die Bürgermeisterin (BMS) mit Paragrafen, weil sie einen Antrag, von ihm formuliert und von 3 weiteren Fraktionen unterschrieben, nicht auf diese TG gesetzt hat. Es geht um die Frage, wie sich Frau John die Realisierung der Umgehungsstraße vorstellt. Wer nur ein kleines Bisselr mitdenkt, weiß natürlich, um was es geht: John hat versprochen, die Straße in 6 Jahren fertig gestellt zu haben. Das wird so nicht sein. Und der Antrag soll das verdeutlichen. Das ist ja o.k. Aber warum die Eile? Warum Paragrafen wie ein Schild, das klein macht, vor sich herschieben und damit Frau John die Möglichkeit geben, Sympathien einzufangen. Sie antwortet sinngemäß, dass es viele Paragrafen gäbe, Frey solle von ihr aus drauf rum reiten; sie will lieber ordentlich und fundiert antworten, als Angst vor seiner Attacke zu haben. Das Publikum (um mich rum) ist absolut ihrer Meinung.
Tagesordnung bleibt wie sie ist.

Punkt 1: Bürgerfragen

2 Bürgerinnen und 1 Bürger fragen; 1 Bürger, der neue Seniorenbeirat, gibt ein Statement ab

Punkt 2: Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung. (Hat es noch nie gegeben! Schnell vorgetragen von Frau John.)

Punkt 3: „Beteiligungsbericht über die Gesellschaft zur Förderung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im Landkreis Starnberg bmH (GfW Starnberg) für das Jahr 2013.“

Alle haben ohne Diskussion zugestimmt den Beteiligungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4: „Vollzug des Bestattungsrechts.“

Ludwig Jägerhuber (CSU) bedankt sich ausgiebig für die längst notwendigen Änderungen in der Friedhofssatzung. Anschließend stimmt die CSU-Fraktion geschlossen gegen die Änderungen in der Friedhofssatzung.

5.“Modellprojekt „Bayern barrierefrei 2023“ - Bau und Verkehr
Teilnahme der Stadt Starnberg an der Modellphase als Modellkommune
Hier: Beschluss zur Durchführung der Planung“

Dr. Busse (UWG) beschreibt ausführlichst seinen nicht unwesentlichen Anteil an diesem Projekt, was tatsächlich diverse Stadträte beeindruckt, wie sich später rausstellt. Martina Neubauer (Grüne) weist sorgenvoll darauf hin, wer alles unter den Barrieren zu leiden hat (*wusste bis dahin ja auch kaum jemand*) und läßt dann die Bombe platzen: auch die Geistigbehinderten müssen berücksichtigt werden. Im Publikum werden sofort Theorien darüber entworfen: Seil durch die Stadt, Comics auf den Hinweisschildern usw. Herr Picker (WPS) mahnt dringlich, dass nur qualifizierte Ingenieurbüros beauftragt werden dürften. Dr. Rieskamp (WPS) ist am Verkehr interessiert. Eine Frau im Publikum: „Wie kommt denn der jetzt bei dem Thema auf den Tunnel!?“ Ihre Nachbarin: „Da kannst du von deiner Oma reden oder von einem Krautkopf: die von der WPS kommen immer auf Tunnel oder Umfahrung.“ Andere Räte schließen sich wortreich ihren Vorrednern an – besonders Frau Neubauer wird zitiert, weil man die Geistigbehinderten sonst oft vergisst.. Die Sitzung hat um 18:00 begonnen. Um halb acht wird der Antrag einstimmig angenommen, wovon man von Anfang an hat ausgehen können.

Und so kann Punkt 6 bearbeitet werden:

„Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Starnberg aus dem Jahr 2005 hier: Beschluss des Einzelhandelskonzeptes als städtebauliches Entwicklungskonzept entsprechend § 1, Abs. 6 Nr. 11 BauGB“

Ein Sachbearbeiter der Firma Cima München, Beratung und Management GmbH, erläutert den Bericht, der allen Stadträtinnen als CD schon vorliegt.

Cima hat Nachforschungen angestellt bei denen Folgendes raus gekommen ist: es gibt zentrumsrelevante Sortimente, nicht-zentrumsrelevante Sortimente und Sortimente zur Grundversorgung. Die zentrumsrelevanten Sortimente sollten im Zentrum angesiedelt sein, die anderen nicht im Zentrum, die Grundversorgung allerdings in beiden Bereichen. Es kommt zur Diskussion. Frau Hartmann (CSU) beklagt, dass im zentrumsrelevanten Sortiment die Nahrungsmittel nicht aufgeführt seien. Das wäre garnicht gut, denn – zum Beispiel: ihre 90jährige Mutter könne halt nicht mehr so und riefte jeden Tag ihre Tochter an, nur weil sie ein paar Kartoffeln bräuchte ... sie wird darauf hingewiesen, dass sich Nahrungsmittel in der Rubrik „Sortimente zur Grundversorgung“ befänden, und somit sowohl im Zentrum als auch im Nichtzentrum relevant wären. Hartmann ruft draufhin empört: „Nein ...“

Da bin ich aufgestanden und gegangen.

zur Stadtratssitzung am 26.Mai 2014 Sbh Sta

Zur Wahl standen die Besetzung der Ämter: 2. und 3. Bürgermeister, der Referate und der Ausschüsse.

Im Starnberger Merkur regt sich Frau Irlbauer anklagend darüber auf, dass vor dieser Sitzung schon die Ämter verteilt worden seien, dass sich CSU, UWG, Grüne und SPD abgesprochen hatten. Ihre Verbitterung ist zu verstehn, da diese Allianz hält und die Verbindung zwischen Bürgermeisterin, WPS, BMS, BLS und FDP zusammen eine Stimme weniger hat.

Die Verbindung, bzw. die Absprachen der unterlegenen Gruppierungen verschweigt Frau Irlbauer.

Professor Picker (WPS) jedoch sorgte schon in der Sitzung für Transparenz.

Stadtrat Wiesböck (FDP) nämlich war einen Moment unkonzentriert und so bemerkte er nicht gleich, dass abgestimmt wurde. Picker war jedoch wachsam und als er sah, dass die Wiesböcksche Hand nicht zum gebotenen Zeitpunkt gehoben war rief er quer durch den Saal: „Wiesböck!!“, dessen Arm sofort nach oben schnellte.

Die skurrile Taktik der Unterlegenen ist im Übrigen den 2 Artikeln in der SZ vom 28.Mai zu entnehmen. Peter Haacke beschreibt im Starnberger Teil ohne zu interpretieren, wie wenig weit man doch durch konsequente Uneinsichtigkeit kommen kann.

zur Stadtratssitzung am 12.Mai 2014 in der Schloßberghalle in Starnberg

Es war die erste Sitzung mit dem neu-gewählten Stadtrat und der ersten Bürgermeisterin Eva John. Viele Gäste waren gekommen in festlicher Kleidung und in Erwartung der Amtseide und des angekündigten Stehempfangs.

Der evangelische und der katholische Stadtpfarrer eröffneten die Sitzung und zugleich die neuen Amtsperioden mit einem ökumenischen Gebet. Pfarrer Haas begann zu sprechen und alle im Raum standen erfürchtig auf, aber er ließ uns wieder setzen, weil es ein längeres Gebet werden würde. So setzen wir uns alle wieder, aber die feierliche, kirchliche Stimmung blieb. Es war absolut still. Außer den Pfarrern war nichts und niemand zu hören, kein Räuspern, kein Husten, kein Murmeln – nur die Mahnungen ans Gute und an Gott und an den verantwortlichen Umgang mit den bevorstehenden Entscheidungen.

Bis Herr Professor Doktor Picker (WPS) Durst bekam.

In die ergriffene Aufmerksamkeit öffnete er die Wasserflasche, sprudelte munter das Wasser in sein Glas, stellte die Flasche auf den Tisch zurück, trank und stellte auch sein Glas wieder ab.

Das alles war deutlich zu hören.

Und weil es so unpassend war, erfüllte es den ganzen Raum, übertönte den Pfarrer, lenkte die Aufmerksamkeit auf den Weißhaarigen, der unbeeindruckt wirkte. Er schien, in sich ruhend, froh und zufrieden, seinen Durst gelöscht zu haben.